

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

endlich ist er da – der Haushaltsentwurf 2019/2020. 2019 wohlgermerkt, das ist das laufende Jahr!

Jetzt wissen wir auch, warum wir so lange warten mussten: Sie, sehr geehrte Koalition, haben noch so lange herumgerechnet. Denn es ging und ging nicht auf.

Man kann Ihnen einfach kein Geld anvertrauen. Sie langen sogar noch in die Rücklage.

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld, weil die Rechnung nicht aufgegangen ist. Last in, first out oder wie heißt Ihr Motto?

Straßenausbaubeiträge, Straßenersterschließung. Wissen Sie eigentlich, was in den Kommunen vor Ort los ist? Welche Lawine Sie losgetreten haben? Ohne Plan und Ziel, einfach mal so was raushauen und die Kommunen sollen schauen, wie sie zukünftig ihre Straßen erschließen und erhalten.

Sie, sehr geehrte Freie Wähler, haben immer so getan, als ob Sie den Kommunen helfen, als ob Sie die Kommunen unterstützen! Und nun?

Alle Schnellschüsse zur Pflege, zur Kinderbetreuung, zur Strabs und Strebs belasten doch die Kommunen.

Die Kommunen müssen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen und überlegen, wo sie Personal herbekommen.

Die überstürzte Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung macht zukünftig eine halbe Milliarde Euro pro Jahr aus! Und welcher Familie nützt ein beitragsfreier Platz, wenn sie ihn gar nicht bekommt, weil es nicht genügend Erzieherinnen

und Erzieher gibt und bestehende Gruppen nicht besetzt werden können? Eine Personaloffensive, eine Ausbildungsoffensive, eine Qualitätsoffensive für unsere Kinderbetreuung, dafür hätten wir eine halbe Milliarde im Jahr brauchen können, meine Damen und Herren!

Das Familiengeld will ja auch noch finanziert werden. Über 1,5 Milliarden, 1,5 Milliarden Euro macht das Familiengeld in den beiden Jahren aus.

Das überstürzt eingeführte Familiengeld, das erst nach einem ewigen Hin und Her bei den wirklich bedürftigen Familien ankommt. Das Familiengeld, das Sie den Pflegeeltern verweigern, die ohne Adoptionsabsicht Kinder aus schwierigsten Verhältnissen in Pflege nehmen. Es geht um 400 Pflegeeltern. Doch da werden Sie auf einmal kleinlich.

Jetzt gibt's erstmal die Bodycam und dann bekommt jeder Streifenwagen demnächst ein Tablet und ein Handy. Und man höre und staune: Mittelfristig soll jeder Polizist, - hoffentlich auch die Polizistinnen - ein Dienstmartphone bekommen, wie man am Wochenende lesen konnte. Herr Minister Herrmann, wir haben das Jahr 2019! Bei einem Haushaltsvolumen von 125 Milliarden Euro in zwei Jahren werden demnächst Handys für unsere Polizei angeschafft? Jeder Packpostbote kommt seit Jahren mit einem elektronischen Gerät an die Haustür und sie stellen erst jetzt vom Klemmbrett auf Tablet um...

Wir sagen Ihnen: Schluss mit der bayerischen Grenzpolizei ohne Befugnis, Schluss mit Ihrer Kavallerie, Schluss mit der ehrenamtlichen Sicherheitswacht, denn das entwertet echte Polizeiarbeit. Sorgen Sie für mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche!

Ach ja, und wir haben jetzt ein Digitalministerium, natürlich gleich mit einem Beamtenapparat dazu. Aber für diese für unsere Zukunft so wichtigen Themen,

Cybersecurity, eGovernment, digitale Bildung, da stellen Sie einen Minietat von insgesamt 79 Millionen – für ganz Bayern bereit. Ich glaube, hier verkennen Sie die Dringlichkeit. Und warum liegt die Breitbandförderung eigentlich nicht beim neuen Digitalministerium? Wollten Sie der neuen Ministerin keine Kompetenzen geben?

Bayern barrierefrei, was für ein hochgelobtes Ziel. Auch hier die von Ihrer Partei längst gesetzte Marke 2023. Ja, wo bleibt denn die Barrierefreiheit? 835.000,- Euro für kleine Baumaßnahmen, ist das ein Witz?

Eine Frage des Geldes kann es in Bayern nicht sein, meine Damen und Herren. Barrierefreiheit ist eine Frage der Prioritäten. Wenn ich die UN-Konvention und die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen aus den Augen verliere, dann setzt das nicht nur falsche Zeichen. Das ist eine falsche Politik, verehrte Staatsregierung!

Sie zählen im Einzelplan 10 Soziales alles zur Barrierefreiheit, damit es überhaupt nach was aussieht – und so tauchen zB Linienbusse gleich drei Mal auf im Haushaltsplan: beim Klimaschutz, bei der Mobilität und bei der Barrierefreiheit. So wird getrickst. Schön wäre es gewesen, wenn Sie dreimal so viel dafür ausgeben würden und dann wäre es immer noch nicht genug nach all den Versäumnissen.

Und eine Investition an unseren Schulen für Barrierefreiheit im Bestand in der Gesamthöhe von 11 Mio in 2019 (13,3 in 2020) ist geradezu lächerlich. Das reicht vielleicht für einen Handlauf in jeder Schule, aber dann ist es schon aus mit dem Menschenrecht der Teilhabe.

Unterstützen Sie endlich unsere Kommunen für die Nachrüstung öffentlicher Gebäude. Wir Grüne haben schon für den letzten Doppelhaushalt 20 Millionen

Euro gefordert, aber mit Ihrer Verweigerungshaltung schaffen Sie nur einen weiteren Investitionsstau.

Und sagen Sie mir bitte einen Grund, einen guten Grund für den zweiten Dienstsitz des Gesundheitsministeriums in Nürnberg. Es ist völlig überflüssig, allein die Mieten und Pachten steigen dadurch um eine weitere Million. Ein sinnfreies Projekt – rein zur Selbstdarstellung in der Heimat des Ministerpräsidenten.

Ein gleich noch ein weiteres sinnfreies Projekt: der Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen und der Neubau dazu. Für knapp 20 verlagerte Arbeitsplätze. Die eh schon exorbitanten Kosten von 33 Millionen Euro sind schon auf 50 Millionen gestiegen, trotz (Ihrer Zusage) Zusage des damaligen Finanzministers Söder, dass es nicht teurer werden wird. Das Ganze zeigt ein weiteres Mal, wie wenig kostenbewusst die Staatsregierung mit öffentlichem Geld umgeht.

Ein mit gewaltiger Wucht auf uns zudonnerndes Problem ist die Pflege. Keine Überraschung, schauen Sie sich um: Pflegekräfte, Betroffene, Angehörige, sie alle sind am Limit! Und warum? Erst in der vergangenen Woche wurden über 100.000 Unterschriften für das Begehren „für eine bessere Pflege“ übergeben.

Aber jetzt gibt's ja das Landespflegegeld. Jetzt werden jedem Pflegebedürftigen über das Landespflegegeld ein paar Scheine in die Hand gedrückt. Haben wir davon auch nur eine Pflegekraft mehr gewonnen? NEIN!

Sie wissen ja nicht einmal, wieviel Euro das versprochene Landespflegegeld ausmacht. Das steht auch so in Ihrem Entwurf. „Unklarer Bedarf“, „Flexibilität im Haushaltsvollzug“. Ich bitte Sie: Flexibilität bei angesetzten 748 Mio in 2 Jahren! Was hätten wir für 748 Millionen Euro in der Pflege alles auf den Weg bringen können. Aber nein! Diese Staatsregierung schmeißt das Geld der Bürgerinnen und Bürger wahrlich zum Fenster raus.

Und noch eine Frage: Wozu brauchen Sie die neue Behörde, die vielen Stellen, sogar einen Präsidenten, im neuen Landesamt für Pflege? Das Amt zahlt nur das Pflegegeld aus. Das könnte wahrlich auch das Ministerium übernehmen und diese Stellen wären direkt in der Pflege besser investiert.

Und jetzt haben Sie, die Freien Wähler, auch noch einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz festgezurr. Sollen sich doch die Kommunen den Kopf zerbrechen, wie das geht. Sie wissen genau, dass nur belegte Pflegeplätze bezuschusst werden. Wie sollen unsere Kommunen da leere Plätze für den kurzfristigen Bedarf vorhalten?

Auch hier bräuchten wir Personal, nicht Taschengeldverteilung an die Betroffenen. Was nützt das Landespflegegeld, wenn ich keinen Pflegeplatz für meine Angehörigen finde?

Brauchen Sie denn zu jedem Thema, das unserer Gesellschaft unter den Nägeln brennt, erst ein Volksbegehren, bis Sie aktiv werden?

Aber das scheint Ihnen nicht so wichtig zu sein, wie die peinliche Aktion zum Schulgeld der Heilmittelberufe zeigt. Erst haben Sie Versprechungen gemacht, es braucht kein Schulgeld mehr ... und dann... fällt das Ganze aus dem Haushalt wieder raus. Die Schulen vor Ort, die angehenden Schülerinnen und Schüler dort hatten sich auf Sie verlassen.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Kann man alles machen: Gebührenfreie Kitas, Baukindergeld, Landespflegegeld, Familiengeld, kann man alles machen, wenn es mal richtig läuft. Aber erst brauchen wir Erzieherinnen und Erzieher, Wohnungen, Pflegeplätze und das Personal dazu, dann kann ich mit der Gießkanne übriges Geld verteilen.

Stichwort personelle Unterbesetzung: Bei der Justiz sind nach wie vor der Mittelbau und der Unterbau schlecht ausgestattet. für eine funktionierende Justiz brauchen wir nicht nur genügend Richterstellen, sondern auch Mitarbeiter*innen, Rechtspfleger, Verwaltungspersonal, Justizvollzugsbeamte, Anwarter*innen.

Dasselbe bei unseren Finanzämtern: Sogar die Bayerische Finanzgewerkschaft fordert nicht mehr so viel, weil dort erkannt wurde, wie tief Sie schon jetzt in die Rücklagen gegriffen haben. Mehr Stellen machen derzeit ja gar keinen Sinn, wenn so viele Stellen unbesetzt sind. Wir müssen mehr junge Leute ausbilden und wir müssen sie gut bezahlen, an uns binden und dafür sorgen, dass uns Fachwissen nicht abwandert!

Und noch ein gebrochenes Versprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen: In der letzten Legislaturperiode gab es eine interfraktionelle Entschließungserklärung, dass der Zugang zu Bildung für alle offen sein muss, auch für die Erwachsenen. Das klingt ja auch logisch, denn bessere Bildung, auch bei Erwachsenen, dient immer der Sicherung der Demokratie.

Alle vier Fraktionen waren an dem Konzept für die Erwachsenenbildung beteiligt und sich einig, die Volkshochschulen in Bayern in den kommenden Jahren strukturell zu unterstützen. Eine Sternstunde des Parlaments, Sie

wurden geehrt dafür. Da geht es um 5 Millionen pro Jahr. Und? Kurzfristig aus dem Haushaltsplan gestrichen...

Sehr geehrter Herr Minister Piazzolo, Sie selbst waren selbst bei diesen Gesprächen für die Entschließungserklärung dabei. Auf was soll man sich denn noch verlassen können, wenn nicht auf das gemeinsame Wort von Regierung und Opposition?

Verlassen Sie sich darauf, wir werden alles dafür tun, dass diese Beträge wieder in den Haushalt reinkommen und Sie die Volkshochschulen, die eine so wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten, nicht im Regen stehen lassen.

Sie sind ja seit neuestem für den Klimaschutz in Bayern. Darf ich da gleich mal fragen, warum für Nahwärmenetze so wenig im Haushalt zu finden ist? Unsere Kommunen und Landkreise brauchen Zuschüsse für nachhaltige Mobilitätskonzepte, für das Flächenmanagement. Wir brauchen Energieagenturen in den Landkreisen. Die Bürgerinnen und Bürger sind längst bereit für Klimaschutz, aber sie brauchen Hilfestellung vor Ort! Wir fordern ein kommunales Paket, detailliert und seriös finanziert, wie Sie es in unserem Entwurf finden.

Das Riesen-Thema Plastik, Plastikvermeidung: Miniforschungsbeträge haben Sie eingestellt, sonst nichts.

Sie haben ja viel über die Bauern und ihre Rolle für die nachhaltige Landwirtschaft und den Artenschutz gesprochen. Aber dann fördern Sie doch bitte auch entsprechende Maßnahmen, und zwar ordentlich! Fördern Sie Ökomodellregionen!

Entfristen Sie endlich die Försterstellen für den Waldumbau, kümmern Sie sich um die Umsetzung der Stellen für die Bergwaldoffensive, das wären nachhaltige Maßnahmen!

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, nachhaltiger Gewässerschutz in Bayern, interessiert Sie das nicht? Bayern ist völlig im Verzug mit der Umsetzung dieser EU-Richtlinie.

Seit kurzem fahren Sie ja gerne S-Bahn. Haben Sie bemerkt, wie unzuverlässig, wie fehleranfällig das ganze System ist?

Ganz oben auf der Todo-Liste steht: Verkehrsverbünde fördern, um günstigere Tarife für die Pendlerinnen und Pendler, die bislang mit dem Auto gefahren sind, zu erreichen. Und wir müssen endlich Verkehrsverbünde in ganz Bayern schaffen, um den vorsintflutlichen ÖPNV auf dem Land endlich ins 21.

Jahrhundert zu holen! Unser Schienenpersonennahverkehr braucht Ausbau, Außenäste, Ringe, wir müssen viel mehr ausbauen, auch in freiwilliger Vorfinanzierung durch den Freistaat, viel mehr Bestelltentgelte an die Bayerische Eisenbahn Gesellschaft einkalkulieren. Denn die Bahnen fahren nur, was der Staat bestellt.

Schicken Sie sich, bevor auch hier der letzte Zug abgefahren ist.

Wo bleiben nennenswerte Investitionen in den Radverkehr, über das derzeit homöopathische Maß hinaus? Schauen Sie sich mal unsere Anträge dazu an.

Und dann unser Pensionsfonds: Eigentlich hätten Sie all die Jahre schon mehr in den Pensionsfonds einzahlen müssen. Zuerst haben Sie, Herr Söder, als Finanzminister die Zuführung ausgesetzt, dann ganz aufgehört. Ihre Schuldentilgung ist ein Ersatz für den Pensionsfonds, obwohl so viele Leute eingestellt wurden. Wie wollen Sie die Altersvorsorge je wieder aufholen? 2019

werden 100 Millionen Euro anstatt 600 einbezahlt. Ein weiteres Loch, das wir zukünftigen Generationen überlassen.

Aber jetzt wird auch klar, warum Sie sich so vehement für eine Amtszeitbegrenzung einsetzen: Wenn 2030 die Pensionslasten zu zahlen sind und ihre angekündigte Schuldentilgung nicht erreicht ist, dann sind Sie, Herr Söder, über alle Berge. Aber wahrscheinlich nicht über alle Berge, sondern in den Talkshows und erklären uns die Welt. Ich hab jetzt schon ein Déjà-Vu.

Sie nehmen 3,6 Milliarden aus der Rücklage, hieß es immer. Wenn man das genau nachliest, sind es 3,652 Milliarden. In der Schule hat man da noch auf 3,7 Milliarden Euro gerundet.

Zusammen mit den 2,43 Milliarden, die Sie schnell noch 2018 rausgenommen haben, ist es also de facto eine Rücklagenentnahme von über 6 Milliarden bis 2020, um all die Wahlgeschenke zu finanzieren. Deutlich höher als öffentlich erklärt. 6 Milliarden aus der Rücklage genommen, ohne strukturelle, nachhaltige Verbesserungen zu schaffen! Bei boomender Wirtschaft, bei sprudelnden Steuereinnahmen.

Ich kann nur fragen: Was nehmen Sie sich eigentlich noch alles raus?

Aber wir tilgen ja, alles grundsolide, haben Sie erklärt: In zwei Jahren 1 Milliarde, da denkt jeder, aha, 500 Millionen pro Jahr. Nein, stimmt auch nicht. In 2019 wird nur die Hälfte getilgt, 250 Millionen, sonst wäre es nämlich nicht aufgegangen. Anders bekommen Sie es nicht hin, ich lese hier pure Verzweiflung. Das ist viel zu wenig, um 2030 fertig zu sein. Viel zu wenig! Das ist die niedrigste Tilgung seit 2012.

Diese von Ihnen gelobte Schuldentilgung ist also leicht zu demaskieren, denn sie ist gar keine!

An Sie, die FW: In Sachen Bilanzkosmetik haben Sie ja jetzt Erfahrung, drum müssen Sie ja 700.000 Euro zurückzahlen. Ich sage Ihnen: Die Schummelei ist bei Ihrem Staatsanleihen-Kauf und -Verkauf nicht aufgegangen und sie wird auch im Doppelhaushalt nicht aufgehen!

Sie haben viele Möglichkeiten der Umschichtung zugunsten nachhaltiger, vorwärtsgewandter Politik für die Menschen leichtfertig verspielt mit Ihren Versprechungen.

Und das Schlimme ist, Sie haben so viel Geld gebunden, Sie haben die Wahlgeschenke, vom Familiengeld über Landespflegegeld, Baukindergeld, Gebührenfreiheit nicht nur einmalig ausgegeben, nein, sondern langfristig mit Gesetzen festgezurr, so dass es auf Jahre unseren Haushalt belasten wird, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen.

Dieser Haushaltsentwurf ist nicht nachhaltig, er ist nicht vorausschauend, er ist nicht generationengerecht.

Und bei diesen großen Wahlgeschenken, bei diesen hohen Summen wäre es anständig, wenigstens auf Ihre Fraktionsreserve in Höhe von 60 Millionen zu verzichten. Denn Ihr Spielgeld haben Sie diesmal schon vor der Wahl verbraucht.